

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 263 (1990)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 15. Mai 1988 bis 15. Mai 1989

Die sich in den letzten Jahren abzeichnende Entschärfung der offenen Konflikte im Verhältnis zwischen den beiden von den Supermächten angeführten Blöcken hat im Berichtsjahr ihre Fortsetzung gefunden. Es kann zwar nicht von einer verlässlichen Sicherung dauerhaften Friedens in diesem aus ideologischen Gründen zutiefst problematischen Verhältnis gesprochen werden; aber es kann keinen Zweifel mehr geben, dass die in der *Sowjetunion* angebrochene Ära unter Gorbatschow nicht nur darauf angelegt ist, das kommunistische Regime mit einer weniger abstossenden Fassade zu versehen. Vielmehr geht es dort darum, die verhängnisvollen Fehlentwicklungen und Verkrustungen im Machtgefüge von Partei und Staat aus der Vergangenheit durch eine beschränkte, aber immerhin praktisch fühlbare Dosis von Liberalisierungen zu beseitigen, um in absehbarer Zukunft der Bevölkerung endlich eine ausreichende Versorgung mit allen jenen Konsumgütern garantieren zu können, wie sie in den fortschrittlichen Ländern des «Kapitalismus» schon lange gang und gäbe ist.

Gorbatschow hat nun seine anfänglich wacklige Machtstellung durch geschickte institutionelle Manipulationen und personelle Mutationen konsolidiert. Von Anfang an hatte er seine Karten in bezug auf das für die Sanierung des maroden Wirtschaftsapparates als notwendig erachtete interne Reformprogramm offen auf den Tisch gelegt; in diesem Jahr hat er nun mit diesem kalkulierten politischen Risiko die ersten Runden zu seinen Gunsten entscheiden können. Es weht tatsächlich heute unter dem Banner von «Perestrojka» und «Glasnost» ein neuer Wind. Was Gorbatschow nicht gelungen ist, das ist jene augenfällige Verbesserung der misslichen Versorgungslage, von welcher letzten Endes die breite Unterstützung der Reformen auf allen Gebieten und ver-

mutlich auch die Machtstellung von Gorbatschow und seiner Partei- und Regierungsequipe abhängen wird. Die Ansichten darüber, in welcher Zeitspanne die Früchte der Reformpolitik gewissermassen in den Ladengestellten und auf dem Familientisch ökonomisch sichtbar in Erscheinung treten müssen, um Resignation und womöglich Auflehnung gegen das langfristig angelegte Reformprogramm zu verhindern, gehen freilich weit auseinander; aber die der Bevölkerung heute noch zumutbare weitere Durststrecke ist jedenfalls auch bei den von alters her leidensgewohnten Russen nicht unbegrenzt – ganz abgesehen von den anderen, nicht-russischen Völkern der Sowjetunion, in denen nun ohnehin wieder nationalistische, zentrifugale Tendenzen zu rumoren begonnen haben.

Gorbatschow hat von Anfang an geschickt seine innenpolitischen Strategien mit der Einleitung einer nach allen Richtungen zielenden Entspannungsoffensive im Aussenverhältnis der Sowjetunion verbunden. Diese ist zuerst vielfach nur als Finte betrachtet worden; aber es ist logisch, dass, wenn alle Kräfte auf Rationalisierung, Produktivität und quantitativ und qualitativ entscheidend verbesserte Produktion in der Wirtschaft konzentriert werden sollen, die Sowjetunion sich den verschwenderischen Luxus nicht mehr leistet, 15–17 % ihres Sozialprodukts in einen gigantischen Militärapparat zu stecken. Dieser absorbiert auch unablässig ein Millionenheer von potentiellen Arbeitskräften als nutzlose Soldaten. Dazu kommt, dass die sowjetische Präsenz im ganzen «roten Imperium» und die Unterstützung von notleidenden kommunistischen «Wachstumsspitzen» in der Dritten Welt nach und nach die Leistungskapazitäten der Sowjetunion aufzehrt, ohne dass diese Investitionen in den Popanz der verheissenen Weltrevolution irgendwelche reale Vorteile einbringen. Viele Erfahrungen mit der bisher verfolgten, stark zersplitterten Expansionspolitik auf allen Kontinenten waren in nüchterner Analyse geradezu niederschmetternd; und das Trauma des eklatanten Misserfolgs in Afghanistan hat offensichtlich mit dazu beigetragen, dass man in

Moskau einmal gründlich über die Bücher gegangen ist.

Gorbatschows wiederholte Angebote an USA und NATO für gegenseitigen, neuerdings sogar einseitigen Abbau der Stückzahl von Raketen, den Rückzug von frontnahen Truppen und eine Abrüstung auch im konventionellen Bereich sind deshalb ernst zu nehmen und in jedem Fall – freilich ohne Preisgabe des bestehenden Kräfteverhältnisses – prüfungswert. Am 15. Februar hat die Sowjetunion in Afghanistan den Tatbestand in bezug auf den Abzug aller sowjetischen Truppen aufgrund der Genfer Verträge nun erbracht. Allerdings ist damit der Bürgerkrieg in diesem Land nicht zu Ende gegangen. In bezug auf Angola und Namibia konnte kurz vor Weihnachten in New York von den Aussenministern von Angola, Kuba und Südafrika ein Vertrag über den Abzug der kubanischen Söldner aus Angola und den Übergang von Namibia in die Unabhängigkeit

unterzeichnet werden; ohne diesbezüglichen Konsens zwischen Washington und Moskau wäre dieser Erfolg nie zustande gekommen.

Auch im Verhältnis zu China zeigte Gorbatschow Konzilianz. Um endlich wieder gute Beziehungen herzustellen, wurden sowjetische Truppen samt Waffen aus der benachbarten Mongolei abgezogen und die militärische Präsenz an der Grenze verdünnt. Nach einem Treffen zwischen dem sowjetischen Aussenminister Schewardnadse und dessen chinesi-

schem Kollegen Qian Qichen im Februar, wo auch noch der Abzug Vietnams aus Kambodscha vereinbart worden ist, erfolgte Mitte Mai schliesslich ein Besuch Gorbatschows in Peking bei Deng Xiaoping. Es handelte sich um das erste Treffen dieser Art, seit Ende der fünf-

ziger Jahre zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China offene Feindschaft ausgebrochen war. Von einer Allianz, wie zu Zeiten von Stalin und Mao Tse-tung, spricht freilich niemand mehr. Unklar ist gegenwärtig noch, ob auch Nicaragua und Äthiopien in das Konzept des sowjetischen Désengagements im Sinne der Ökonomie der Kräfte mit einbezogen werden. Ein Besuch Gorbatschows in Havanna hat gezeigt, dass aber jedenfalls diese strategisch wichtige Position vor der Türe der USA trotz der hohen Kosten von schätzungsweise 5 Mrd. Dollar pro Jahr von Moskau nicht fallengelassen wird.

Es gilt zu unterstreichen, dass auch Gorbatschow trotz allen Gesten der Friedfertigkeit

niemals dem Ziel der Weltherrschaft des Kommunismus abgeschworen hat! Das Désengagement ist deshalb als eine temporäre, wenn auch wahrscheinlich längerfristige Veränderung in der Prioritätensetzung und nicht als Definitivum zu betrachten. Mit oder ohne Gorbatschow: die Sowjetunion wird ihren kategorischen Macht- und Hegemonieanspruch in der Welt, unter welchem sie angetreten ist, nicht aufgeben wollen, sondern wohl alsbald wieder um so mehr geltend machen, wenn dereinst ihr



Jean-Pascal Delamuraz
Bundespräsident für das Jahr 1989
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

darniederliegendes wirtschaftliches Potential so weitgehend aufgestockt sein wird, dass es allenfalls gewünschten militärischen Einsätzen auf der weltpolitischen Bühne vollauf zu genügen vermag!

* * *

Die politische Szene in den *Vereinigten Staaten* war weitgehend durch die im Herbst 1988 wieder fällig gewordenen Präsidentschaftswahlen geprägt, die erfahrungsgemäss die Aussenpolitik in den Hintergrund zu drängen pflegen. Aber Präsident Reagan liess sich nicht beirren, dennoch am 29. Mai zu einem vierten Gipfeltreffen mit Gorbatschow nach Moskau zu reisen, wo er, nachdem wenige Tage zuvor der Senat das Abkommen mit der Sowjetunion über die Eliminierung von Mittelstreckenraketen (sog. INF-Vertrag) ratifiziert hatte, den Austausch der Ratifikationsurkunden vornehmen konnte. Am 3. Juli wurde vom amerikanischen Zerstörer «Vincennes» im Persischen Golf ein irrtümlich für ein im feindseligen Anflug befindliches Kampfflugzeug gehaltenes iranisches Passagierflugzeug abgeschossen; alle 290 Insassen kamen ums Leben. Aber dieses tragische Intermezzo führte nicht zu einer noch zu befürchtenden Eskalation im Golfkrieg. Vielmehr kam es am 18. Juli dort unter den Auspizien der UNO zum Ende dieses langjährigen Kriegs, indem Iran die Resolution 598 des UNO-Sicherheitsrats mit Zurückziehung der iranischen und irakischen Truppen auf ihre Landesgrenzen akzeptierte. Ayatollah Khomeini kommentierte zwar den Waffenstillstand mit Irak als «tödlicher als die Einnahme von Gift», was aber nicht hinderte, dass die Waffenruhe vom 9. August an tatsächlich auch beobachtet wurde.

Am 8. November wurde in den USA der neue Präsident gewählt. Es standen sich auf seiten der Republikaner der bisherige Vizepräsident George Bush und auf seiten der Demokraten, welche im Kongress die Mehrheit bilden, Gouverneur Dukakis aus Massachusetts gegenüber. George Bush konnte 54 % der Stimmen und 426 Wahlmänner auf sich vereinigen, während der Gegenkandidat nur 270 auf

ihn verpflichtete Wahlmänner erreichte. Vizepräsident wurde der bisher verhältnismässig wenig bekannte Senator Dan Quayle als Repräsentant der Südstaaten. Bush ernannte unverzüglich den bisherigen Finanzminister unter Reagan, James Baker, zu seinem neuen Aussenminister. Wie üblich übernahm der neu gewählte Präsident am 20. Januar die Amtsgeschäfte von seinem Vorgänger in einer feierlichen Zeremonie. Schon am 22. Februar begab sich Präsident Bush auf seine erste Auslandsreise, die ihn während fünf Tagen nach Asien führte. Er machte in Peking und Seoul seine Aufwartung und nahm am 25. Februar in Tokio an den Feierlichkeiten zum Begräbnis des japanischen Kaisers Hirohito teil. Diese sonst üblicherweise dem Vizepräsidenten obliegende Geste sollte offenbar zweierlei dartun, nämlich einerseits die Wichtigkeit, welche die amerikanische Regierung heute engen Beziehungen zu Japan beimisst, und andererseits die Bekräftigung der Versöhnung zwischen den beiden Ländern. (Bush war im Zweiten Weltkrieg gegen Japan als Pilot im Einsatz und von den Japanern einmal sogar abgeschossen worden!)

Trotz Anstrengungen, das überbordende amerikanische Staatsdefizit zu verringern, sind bisher keine wirklich entscheidenden Fortschritte in dieser Richtung festzustellen. Bush weigert sich, die Steuern zu erhöhen, während die Verminderung der Ausgaben harzt. Das Budgetdefizit betrug im Jahre 1987 225 Mrd. Dollar, für 1988 immer noch 169 Mrd. Dollar. Etwas weniger alarmierend sind inzwischen die Defizite in Handels- und Zahlungsbilanz geworden. Der Aussenwert des Dollars zeigte nach dem Amtsantritt von Bush zunächst einen Knick, erholte sich dann aber zusehends und stand Mitte Mai stolz auf Fr. 1.75.

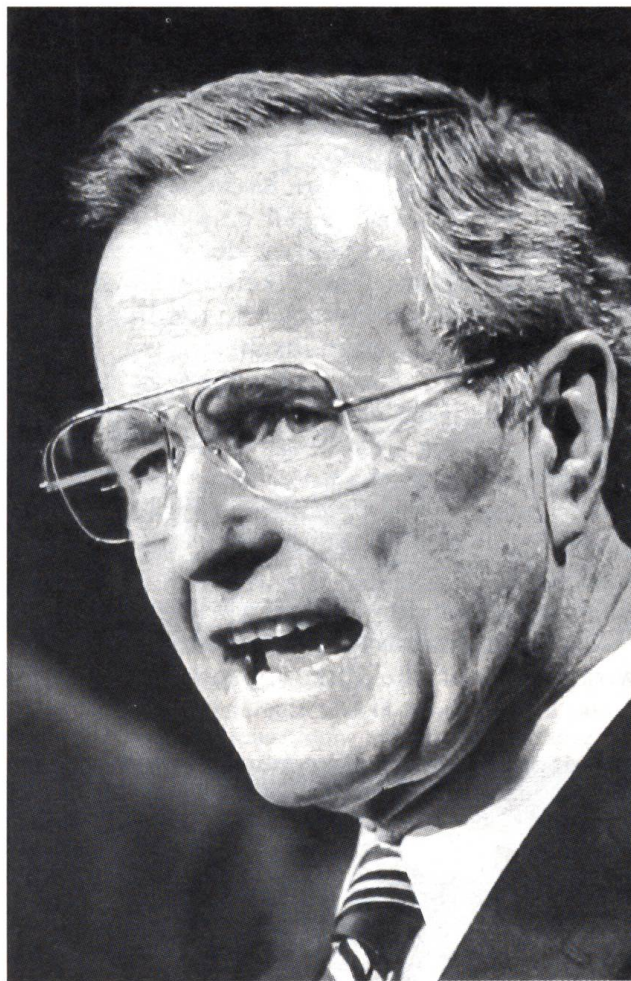
Mit der EG kam es wieder einmal zu einem ernststen Scharmützel, diesmal in bezug auf den Absatz von hormonfreiem Fleisch in Europa. Die Auseinandersetzung wuchs sich aber nicht, wie zu befürchten war, zu einem Handelskrieg mit beidseitigen Schikanen aus und konnte gütlich beigelegt werden. Auch im Rahmen des GATT-Abkommens über die Handelsliberali-

sierung sind an einer Konferenz in Montreal zur Uruguay-Runde schwarze Wolken aufgestiegen; aber auch diese sich auf die Subventionierung der Landwirtschaft in Europa beziehenden Differenzen konnten bei einem späteren Treffen in Genf vorläufig beigelegt werden.

Zu erwähnen ist noch der durch eine Bombe bewirkte Absturz eines Linienflugzeuges der Fluggesellschaft PanAm bei Lockerbie in Schottland kurz vor Weihnachten, der unter der Ägide der USA zu neuen, wirksameren Massnahmen in der Bekämpfung des gegen den Luftverkehr gerichteten Terrorismus führen wird. Und schliesslich kam es am 26. März bei Valdez in Alaska zu einer schweren ökologischen Katastrophe, als ein Öltanker von Exxon wegen grober Fahrlässigkeit des Kapitäns auf ein Riff auflief und so stark leckte, dass sich insgesamt 8000 km² Öflfläche auf dem Meer ausbreitete und über die reiche Tierwelt Tod und Verderben brachte. Wegen der möglichen politischen Folgen ist prompt der Ölpreis in Bewegung geraten.

* * *

In die Berichtsperiode fällt der zweite Wahlgang der Parlamentswahlen am 12. Juni in *Frankreich*. Es ergab sich daraus keine absolute Mehrheit für Präsident Mitterand. Der rechts-extreme «Front National» von Le Pen eroberte nur gerade einen Sitz, während sich die Liberalen (UDF) und die Gaullisten, ungefähr gleich stark, in die Bestreitung der Opposition teilen. In den Kommunalwahlen vom 12. März schnitten die Sozialisten gut ab, aber es ist nun auch in Frankreich zu einem Durchbruch der Grünen gekommen. Die Kommunisten erlitten Verluste, konnten sich aber in ihren Hochburgen halten. Wiederum kam es in Frankreich zu aufsehenerregenden Affären, in welche diesmal auch ein persönlicher Freund von Mitterand verwickelt war. In der *Bundesrepublik Deutschland* bröckelt die Stellung der CDU/CSU unter Bundeskanzler Kohl langsam ab. Die Partei erlitt schwere Verluste in den Kommunalwahlen in Hessen und Berlin. Es regen



Neuer Präsident der USA: George Bush
Als Nachfolger von Ronald Reagan, dessen Amtszeit abgelaufen war, wurde der bisherige Vizepräsident George Bush mit klarer Mehrheit zum 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.
(Photo Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

sich auch wieder rechtsextreme Kreise, die von Strömungen der Ausländerfeindlichkeit dort profitieren, wo das Gastarbeiterproblem auf den Nägeln brennt (Türken). Am 13. April versuchte der Bundeskanzler, mit einer acht Posten umfassenden Regierungsumbildung wieder mehr Boden zu gewinnen. Stoltenberg wechselte die Finanzen gegen das Verteidigungsministerium aus. Am 3. Oktober ist Franz Josef Strauss einem Herzversagen erlegen. Politisch zu Fall kam der Präsident des Bundes-

tags, Jenninger; wegen einer ungeschickten Rede zur Erinnerung an die sog. Reichskristallnacht von 1939 musste er am 11. November demissionieren. *Grossbritannien* spielte mehrfach unter Premierministerin Thatcher wieder einmal das *Enfant terrible* im Kreise der EG, diesmal mit Vorbehalten gegen eine allzu forsche Gangart zur Verwirklichung der europäischen Supranationalität. Unter keinen Umständen soll die währungspolitische Autonomie geopfert werden. Aussenpolitisch sind die Beziehungen zu Iran wieder prekär: Weil sich die britische Regierung im Falle der Aufforderung Khomeinis zum Mord an Salman Rushdie, dem indisch-britischen Verfasser des Romans «Satanische Verse», konzessionslos für die Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit einsetzt, sind am 7. März die Beziehungen Teherans zu London abgebrochen worden.

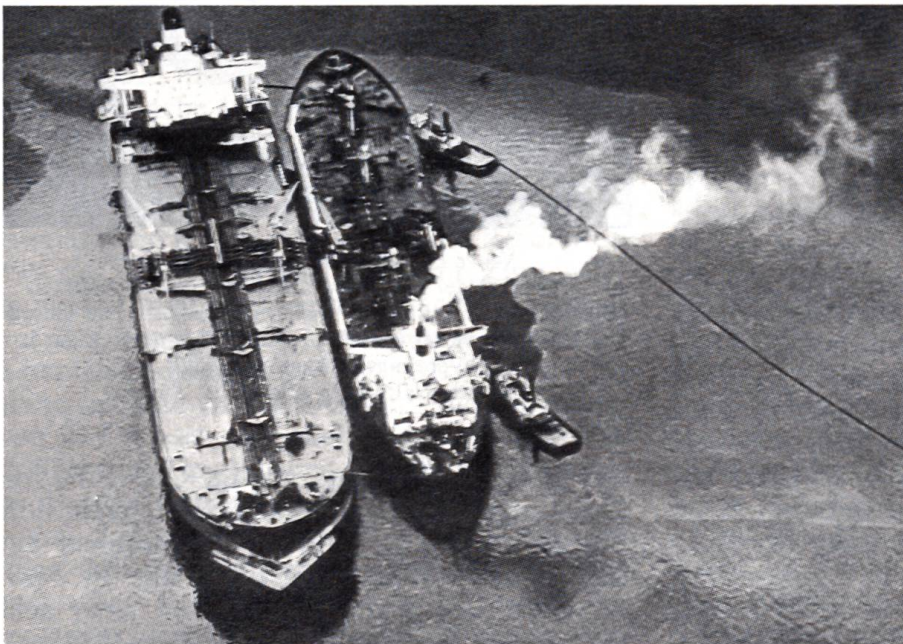
Als bedeutsam wegen ihrer möglichen Auswirkungen auf die Zukunft soll die Chronik

des vergangenen Jahres stichwortartig noch folgende ausgewählte Ereignisse aufführen: einmal die Fortsetzung des Intifada-Aufstands der Araber in *Israel* sowie die in Algier bewerkstelligte Staatsgründung eines unabhängigen Palästina unter Arafat; ferner die weitere Zuspitzung der politischen Krise in *Jugoslawien*, wo die albanische Bevölkerungsmehrheit der Provinz Kosovo mit dem Herrschaftsanspruch der Serben zusammenprallt; andererseits eine neuerdings konziliantere Haltung der Regierung Jaruzelski in *Polen*, wo die vormals verbotene Gewerkschaft Solidarnosc wieder zugelassen ist und Reformen zur Sanierung der katastrophalen Wirtschaftslage unter westlicher Kapital- und Managementbeteiligung versucht werden; sodann tastende Versuche in *Ungarn*, zu einem mehrere Parteien umfassenden pluralistischen System mit liberalerer Wirtschaft überzugehen; und schliesslich die rasant voranschreitende, von galoppierender

Inflation begleitete Wirtschaftsmisere in *Südamerika*. In *Argentinien* ist der Peronismus in neuer Auflage und neuer personeller Besetzung wieder im Aufschwung, was, nachdem das liberale Experiment von Alfonsin gescheitert ist, keine Normalisierung der Lebensverhältnisse erwarten lässt.

* * *

Was die *Schweiz* anbelangt, so kann sie einmal mehr, obwohl einige Störungen der politischen Atmosphäre nicht ausgeblieben sind und eine Reihe von komplexen Problemen nun langsam ins Entscheidungsstadium vorrücken, alles in allem genommen auf ein sehr gutes Jahr zurück-



Umweltkatastrophe in Alaska

Nachdem ein Supertanker auf ein Riff vor Alaska aufgelaufen war, flossen 42 Millionen Liter Öl ins Meer, was zu einem riesigen Ölteppich führte mit entsprechenden Folgen für Natur und Umwelt. Auf dem Bild versucht ein zweiter Supertanker, Öl aus dem havarierten Schiff abzupumpen.

(Photo Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

blicken. Die Konjunktur-entwicklung war bei praktischer Vollbeschäftigung und einer Zunahme der Einkommen um 3,4 % und einer Teuerungsrate von nur 2,3 % so, dass der Vizepräsident der Nationalbank, Hans Meyer, davon spricht, dass «die Wirtschaft auf zu hohen Touren läuft». Als Bremse muss eine konsequent restriktive Geldpolitik betrieben werden. Einen Kontrapunkt bilden steigende Zinssätze und Hypothekenzinsen einerseits und eine sich allmählich akzentuierende Schwäche des Frankens gegenüber anderen Währungen andererseits. Daraus resultieren neuerdings merkbare Teuerungsimpulse mit höheren Mieten, höheren Benzin- und Heizölpreisen und seit April 1989 um 7,5 bis 10,8 % höheren Bahntarifen.

Das Absinken des Aussenwerts des Frankens stellt im wesentlichen eine Korrektur zur eigentlichen Normalität hin dar. Mehrere Faktoren, die während langer Zeit zu einer Überwertung des Frankens geführt haben, sind jetzt im Begriff, unwirksam zu werden. So sind die Anlagebedingungen in anderen Ländern wieder besser geworden, und die Stabilität und Solidität erweckt nunmehr auch anderswo wieder mehr Vertrauen. Dazu kommt, dass die Wettbewerbslage der Schweiz im Zuge der Verwirklichung des einheitlichen Wirtschaftsraums der EG nach 1992 nicht mehr als so günstig beurteilt wird wie zuvor. Auch Befürchtungen über eine fortschreitende Aufweichung des Bankgeheimnisses und die Kontroversen über den Fi-



Schwere Erdbebenkatastrophe in Armenien

Ein gewaltiges Erdbeben vernichtete am 7. Dezember 1988 in Nordarmenien ganze Städte und forderte gegen 25 000 Tote. Die Katastrophe erzeugte in der ganzen Welt eine Welle der Hilfsbereitschaft und der Solidaritätsbezeugungen. Neben Geld- und Naturaliensammlungen in der Schweiz kam auch das Schweizerische Katastrophenhilfskorps zu einem erfolgreichen Einsatz: mindestens 25 Verschüttete konnten gerettet werden.

(Photo Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

nanzplatz Schweiz sowie verstärkte Unsicherheiten über das Regime des in Entstehung begriffenen neuen Aktienrechts scheinen sich im gleichen Sinn auszuwirken. Zu Pessimismus besteht aber kein Anlass, solange zu den Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz Sorge getragen wird.

Die günstige wirtschaftliche Lage der Schweiz findet auch einmal mehr im Rechnungsabschluss des Bundes ihren getreulichen Niederschlag. Zum dritten Mal hintereinander weist die Staatsrechnung einen überraschend hohen Überschuss aus – in der Finanzrechnung einen solchen von 1,248 Mrd. Franken, in der Gesamtrechnung von 439 Mio. Franken. Dies bei einem Einnahmen- und Ausgabenwachstum von 12 %. Dank der guten Finanz-

lage konnte der Bund eine Schuldentilgung in der Höhe von 1,6 Mrd. Franken vornehmen, so dass die Verschuldung der Eidgenossenschaft jetzt auf 26 Mrd. Franken zurückgegangen ist. Der Wermutstropfen im Freudenbecher ist, dass das Ausgabenwachstum sowohl die Teuerungsrate als auch die Zunahme des Bruttosozialprodukts weit hinter sich lässt; das gibt deshalb zu Sorgen Anlass, weil, sobald einmal die auf dem guten Wirtschaftsgang beruhende Einnahmenflut ausbleibt, wieder rote Zahlen in bedrohlicher Höhe ins Haus stehen. Auch in guten Zeiten darf die Ausgabendisziplin nicht über Bord geworfen werden!

* * *

In der politischen Arena war in der Berichtsperiode ein für schweizerische Verhältnisse ungewöhnliches Ereignis zu verzeichnen: Im Mittelpunkt des sich zu einem Drama mit politischen und persönlichen Konsequenzen steigernden Geschehens stand die allenthalben vormals sehr beliebte und wegen ihrer sachlichen Tüchtigkeit geschätzte erste Frau in der Landesregierung, Bundesrätin Elisabeth Kopp. Sie ist wegen ihres emotionell engen Verhältnisses zu ihrem Ehegatten, dem Zürcher Rechtsanwalt Hans W. Kopp, ganz plötzlich zu Fall gekommen, weil sie sich eine mit ihrer Stellung nicht zu vereinbarende, schwerwiegende Indiskretion hat zuschulden kommen lassen! Im Zusammenhang mit der im Tessin geplatzten internationalen Drogenaffäre der sogenannten «Libanon Connection» war ihr zu Ohren gekommen, dass in diese Sache eine Firma (Shakarchi Trading AG) in Zürich mit Geldwäscherei verwickelt sei, in deren Verwaltungsrat ihr Ehemann als Vizepräsident mitwirkte. In einem kurzen Telefongespräch orientierte Frau Kopp am 27. November ihren Mann über die vorliegenden Verdachtsmomente und forderte ihn auf, aus dieser Firma unverzüglich zurückzutreten, was er denn auch tat. Als dieses Telefongespräch, aufgrund eines Zeitungsartikels ruchbar geworden, von ihr bestätigt wurde, brach das bisher in sie gesetzte Vertrauen wie

ein Kartenhaus zusammen. In der Tat war ja auch damit zu rechnen, dass aufgrund dieses Telefongesprächs die Inhaber und Geschäftspartner der Firma Shakarchi gewarnt wurden.

Am 7. Dezember erklärte Bundesrätin Kopp, nachdem sie erst einige Tage zuvor noch von der Vereinigten Bundesversammlung für 1989 zur Vizepräsidentin des Bundesrats gewählt worden war, ihren Rücktritt auf Ende Februar, wobei sie betonte, sich keiner Schuld bewusst zu sein. Ein ehrenvoller Abgang wäre ihr unter diesen Umständen noch sicher gewesen, wenn nicht nachher aufgrund einer vom Bundesrat in dieser Angelegenheit anberaumten internen Untersuchung zutage getreten wäre, dass sie nicht die volle Wahrheit gesagt hatte. Effektiv hatte sie nämlich in jenem ominösen Telefonat ihrem Gatten nahegelegt, sich bei ihren aktunkundigen Mitarbeiterinnen über den vollen Sachverhalt im Zusammenhang mit dem Geldwäschereiverdacht gegen die Brüder Shakarchi zu erkundigen, was denn auch geschehen ist. Gravierend war, dass Frau Kopp ihren Mitarbeiterinnen die Weisung erteilt hatte, alle gewünschten Auskünfte (in Verletzung der Amtspflicht zur Diskretion) zu erteilen! Durch das Bekanntwerden dieses zuerst vertuschten vollen Sachverhalts wurde die Stellung von Frau Kopp vollends unhaltbar, so dass sie am 12. Januar ihren nun sofortigen Rücktritt nahm.

Aus diesem Vorfall entstand eine akute Vertrauenskrise, in deren Gefolge auch noch Bundesanwalt Rudolf Gerber am 8. Mai mit einstweiliger Beurlaubung und nachfolgender vorzeitiger Pensionierung auf 1. September weggeschwemmt wurde. Wenig fehlte, und es wäre auch noch der Delegierte für das Flüchtlingswesen, Arbenz, in den Strudel im EJPD gerissen worden; doch stellte sich Bundesrat Koller als neuer Departementschef trotz der Kritik der Geschäftsprüfungskommission an einigen kontroversen Vorgängen in der Praxis der Asylpolitik hinter diesen verdienten, aber in seiner Tätigkeit unvermeidlicherweise politisch stark exponierten Chefbeamten.

In der Folge ist im Falle Kopp von beiden Kammern eine parlamentarische Untersu-

chungskommission (PUK) eingesetzt und die ihr von Gesetzes wegen zustehende Immunität vor Strafverfolgung aufgehoben worden. Damit sollte der ordentliche Rechtsweg unter einem besonders bestellten, ausserordentlichen Bundesanwalt seinen Lauf nehmen können. Mit der Schaffung voller Transparenz und mit einer strafrechtlichen Erledigung dieses Falles hofft man, das lädierte Vertrauen in die Behörden am ehesten wiederherstellen zu können. Eine Lehre aus dieser peinlichen Affäre ist, dass inskünftig die für den Bundesrat in Aussicht genommenen Kandidaten insbesondere hinsichtlich ihres privaten Umfelds sehr viel genauer unter die Lupe genommen werden müssen. Prestigemässig hat die FDP zweifellos durch diese Affäre eine gewisse Einbusse erlitten, was sich – allerdings auch aus anderen Gründen – denn auch in mehreren kantonalen Wahlgängen seither durch erkleckliche Sitzverluste dieser Partei zu erkennen gegeben hat.

* * *

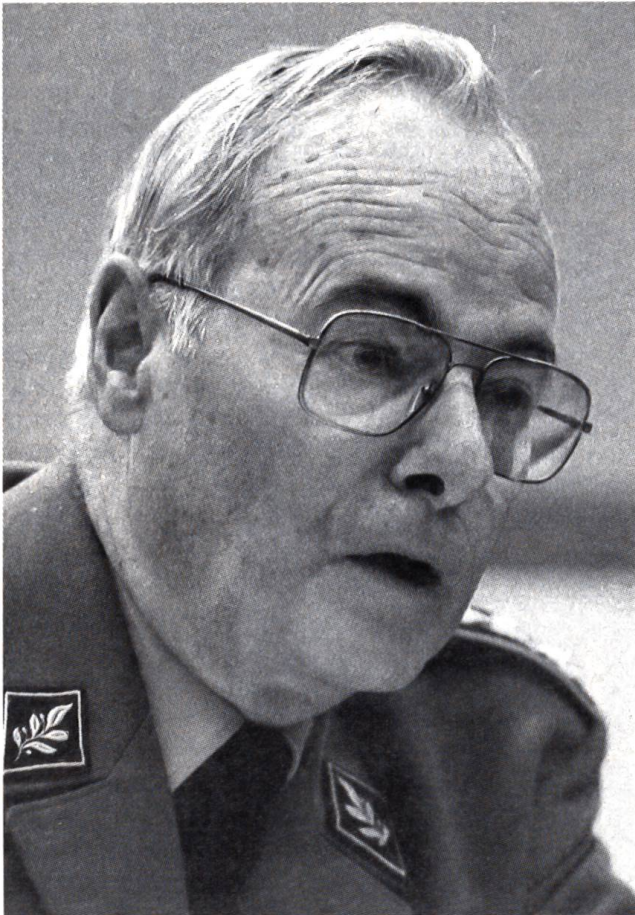
Die so entstandene Vakanz im Bundesrat machte eine Ersatzwahl und die Bestellung eines neuen Vizepräsidenten notwendig. In einer aus anderen Gründen bereits für den Monatswechsel Januar/Februar vorgesehenen zweitägigen Sondersession der eidg. Räte wurde der von der FDP nominierte Luzerner Ständerat Kaspar Villiger in den Bundesrat gewählt. Als neuer Vizepräsident beliebte Bundesrat Koller, der mit 190 Stimmen ein Glanzresultat erzielte. Villiger übernahm von Koller das EMD, während der letztere ins EJPD hinüberwechselte. Als Ratspräsidenten amten für 1989 im Nationalrat Joseph Iten (CVP, Nidwalden) und im Ständerat Hubert Reymond (FDP, Waadt), die wie üblich in der Dezembersession, zusammen mit den beiden neuen Vizepräsidenten erkoren worden sind. Zum Bundespräsidenten für 1989 stieg turnusgemäss Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz auf, der mit 201 Stimmen ein ausgezeichnetes Wahlresultat in der Vereinigten Bundesversammlung erreichte.

In der Berichtsperiode kam es zu zwei eidgenössischen Urnengängen. Am 12. Juni



Bundesrat Kaspar Villiger bei der Vereidigung
Der Luzerner Ständerat wurde als Nachfolger von Frau Elisabeth Kopp zum Bundesrat gewählt und übernahm in der Folge das Eidgenössische Militärdepartement.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

sprach sich der Souverän mit knappem Mehr und vier annehmenden Ständen (Uri, Tessin, Graubünden, Basel-Stadt und Basel-Landschaft) gegen eine Verfassungsgrundlage zur koordinierten Verkehrspolitik aus. Er verwarf deutlich die POCH-Initiative auf Herabsetzung des Rentenalters für Frauen auf 60 und für Männer auf 62 Jahre. Am 4. Dezember wurde sodann vom Souverän die Initiative des Gewerkschaftsbundes für die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche bei nur etwas mehr als einem Drittel Ja-Stimmen verworfen. Im gleichen Urnengang wurde die sog. Stadt-



Ein Berner Oberländer neuer Generalstabschef
Korpskommandant Heinz Häslar (ein früherer
Kommandant der Berner Felddivision 3) wurde auf den
1. Januar 1990 vom Bundesrat zum neuen General-
stabschef gewählt. Heinz Häslar hat seinen Wohnsitz in
Gsteigwiler.
(Photo Keystone Press AG, Zürich)

Land-Initiative sowie eine Initiative der Nationalen Aktion zur Begrenzung der Einwanderung noch deutlicher abgelehnt.

Das Parlament absolvierte in der Berichtsperiode ein gerütteltes Mass legislativer Arbeit und politisch wichtiger Stellungnahmen. In letzterer Beziehung ist eine ausgedehnte Debatte in der Märzsession zu einem im September 1988 vom Bundesrat unterbreiteten Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess von grosser Bedeutung.

Danach soll die Schweiz in absehbarer Zeit nicht der EG beitreten, jedoch «europafähig» bleiben und eine engere Zusammenarbeit mit der EG anstreben. Die Vollmitgliedschaft würde die Neutralitätspolitik in Frage stellen und die in der Schweiz verbrieften Volksrechte und Kompetenzen von Bund und Kantonen unannehmbar beschneiden. In der Parlamentsdebatte ergab sich insofern eine Akzentverschiebung, als inzwischen ein Vorschlag des Präsidenten der europäischen Kommission, Delors, die Möglichkeit eröffnete, eine engere kollektive Kooperation zwischen EFTA und EG ins Auge zu fassen. Während sich kein einziger Parlamentarier zugunsten eines sofortigen Beitritts zur EG aussprach, griffen unzählige Votanten zu diesem willkommenen Rettungsring aus dem harten Dilemma, in welches die Nichtmitglieder der EG ab 1992 gestürzt würden. (An einem Gipfeltreffen der EFTA-Länder vom 14./15. März in Oslo war eingehend über die Perspektiven der EFTA gesprochen worden, wobei jedem EFTA-Staat das Recht auf Einzelverhandlungen mit der EG zugestanden wurde. Kontrovers ist dort die Frage geblieben, ob eine Zollunion zwischen EFTA und EG angestrebt werden solle; in diesem Punkt verhält sich die Schweiz – im Gegensatz zu Schweden – ablehnend.) Eine Stärkung der EFTA wird allgemein befürwortet. Problematisch wäre, wenn die Schweiz auch in der EFTA allmählich eine Isolierung gewärtigen müsste, nachdem Österreich der EG beizutreten wünscht und auch Norwegen Anzeichen der Beitrittswilligkeit zeigt.

Ein zweites wichtiges Sachgeschäft betraf die Volksinitiative «Schweiz ohne Armee». In der Dezembersession ist diese Initiative im Nationalrat unter Namensaufruf mit 172:13 Stimmen, im Ständerat in der Sondersession sogar einstimmig abgelehnt worden. Ein Verzicht auf die militärische Landesverteidigung wird als Gefährdung der Existenz der Schweiz als unabhängiger Staat in einer Welt betrachtet, die von Waffen starrt und keine verlässliche kollektive Sicherheit bietet. Die Wehrlosigkeit eines Landes schafft ein Machtvakuum, das ei-

nen potentiellen Angreifer anlockt, während eine starke eigene Armee wegen des von diesem in Rechnung zu setzenden hohen Preises an eigenen Verlusten von einem militärischen Übergriff abzuschrecken vermag. Der Pazifismus in der Form einer exemplarischen Vorleistung des Schwächeren durch Verzicht auf jede Verteidigung mit militärischen Mitteln ist eine unverantwortbar leichtsinnige Haltung, die auf weltfremdem Irrglauben beruht. Über die Initiative wird noch vor Jahresende ein schicksalsschweres Volksverdikt ergehen, wie es noch nirgends sonst je vorgekommen ist!

* * *

Im vergangenen Jahr hat wiederum ein offizieller Staatsbesuch stattgefunden. Gast des Bundesrats war der portugiesische Staatspräsident Mario Soares am 18. Mai. Es fanden ausserdem noch mehrere hohe Besuche ohne «grossen Bahnhof» statt; so ein Besuch der Präsidentin der Philippinen, Corazón Aquino am 15. Juni, ein Besuch des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales am 10. Oktober und des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl am 13./14. April. Die verschiedenen Bundesräte absolvierten ihrerseits so viele Auslandsreisen zu Besuchen und Ministertreffen wie nie zuvor; diese sind inzwischen längst zur notwendigen Routine der Regierungstätigkeit geworden. Immerhin sei an dieser Stelle ein mehrtägiger Besuch von Bundesrat Villiger im April in Moskau und ein Besuch von Bundesrat Felber Anfang Februar in Polen erwähnt, weil diese nicht in den üblichen Rahmen gegen-

seitiger Kontakte im Westen fallen. Schliesslich sei noch ein personelles Revirement im EDA registriert: Der bisherige Botschafter der Schweiz in Washington, Klaus Jacobi, wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Staatssekretär in die Zentrale nach Bern zurückgerufen, während Staatssekretär Edouard Brunner an dessen Stelle als neuer schweizerischer Botschafter nun am Potomac residiert.

* * *

Im Kanton Bern kam es in der Berichtsperiode zu drei Urnengängen. Am 12. Juni wurden drei Vorlagen abgelehnt, nämlich eine Initiative der SP, die unter dem Titel «für gerechte Steuern» segelte, eine Gesetzesinitiative für umweltfreundlichen Verkehr sowie eine Volksinitiative für kooperative Oberstufe, eine Schulvorlage. Hingegen zeigte sich das Berner Volk aufgeschlossen für einen Ausbau der Ingenieurschule Burgdorf, indem es einen Kredit von 21,65 Mio. Franken für diesen Zweck be-



Bundesrat Kaspar Villiger in Moskau

Schon kurz nach Amtsantritt reiste der neue EMD-Chef auf Einladung des sowjetischen Verteidigungsministers General Dimitry Yazov nach Russland. Unser Bild zeigt die beiden Minister beim Abschreiten der Ehrengarde nach der Ankunft auf dem Flughafen von Moskau.
(Photo Keystone Press AG, Zürich)

willigte. In der Volksabstimmung vom 25. September wurden wiederum zwei der Vorlagen abgelehnt, nämlich eine SP-Initiative auf Einführung der Proporzwahl für den Regierungsrat sowie eine Initiative, welche eine obere Limite der Salarierung der Beamten von 100 000 Franken vorschreiben wollte. Mit überwältigendem Mehr angenommen wurde jedoch das Gesetz über den Verkauf von Grundstücken an Ausländer und ebenso der Neubau der Poliklinik am Inselspital in Bern (81 % Ja-Stimmen). Der kantonale Urnengang vom 4. Dezember brachte eine dreifache Zustimmung des Soveräns: Angenommen wurde ein Kantonsbeitrag an die Umfahrungsstrasse in Grellingen (Laufental) in der Höhe von 25 Mio. Franken, ferner die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes sowie auch die Sanierung mit Ausbau der Landwirtschaftlichen Schule Rütli.

Aus der Arbeit des Grossen Rats ist erwähnenswert, dass mit Ausnahme von «Radio Jura

bernois» im Kanton Bern keine Lokalradios subventioniert werden sollen, dass er sich in der Ausmarchung um die Varianten der Neuen Eisenbahntransversale (NEAT) geschlossen zugunsten des Lötschbergs ausgesprochen hat und das Stimmrechtsalter in kantonalen Angelegenheiten unter Vorbehalt der Zustimmung des Volkes auf 18 Jahre herabzusetzen beschloss. Er legte sich auch auf eine Änderung der Geschäftsordnung fest, wonach inskünftig eine Fraktion während einer Legislaturperiode nur einmal den Ratspräsidenten stellen können soll; das läuft praktisch darauf hinaus, dass alle vier Jahre einmal auch eine kleinere Fraktion in dieser Beziehung zum Zuge kommen wird. Der Grosse Rat befasste sich auch eingehend mit der Stellung der Patienten in ihrem Verhältnis zu Arzt und Spital. So verabschiedete er einstimmig ein sog. Patientendekret, das in dieser Beziehung mögliche Konflikte verhindern bzw. lösen soll. Das Dekret ist eine legislative Pionierleistung; es enthält

zwar grösstenteils nur Selbstverständlichkeiten und hat eine eher ungewisse Wirkung, dürfte aber für Einzelfälle diesen Versuch sehr wohl wert sein.

Der Regierungsrat, dessen Präsident seit dem 1. Juni Peter Siegentaler gewesen ist, hat beschlossen, die Hypothekarkasse des Kantons Bern mit der Kantonalbank zu verschmelzen, und für diese Fusion einen Entwurf vorgelegt in Form eines neuen Gesetzes über die Berner Kantonalbank. Der Grosse Rat hat diesem Zusammenschluss bereits zugestimmt und wird sich demnächst mit dieser Gesetzesvorlage zu befassen haben. Wenn es nicht zu



Schweizer Erfolge in Seoul

Traditionsgemäss sind unsere Dressurreiterinnen und -reiter für olympisches Edelmetall sozusagen sichere Werte: die Mannschaft holt Silber und im Einzelwettkampf gewinnt Christine Stückelberger (unser Bild) auf ihrem Pferd «Gauguin de Lully» Bronze.

(Photo Keystone Press AG, Zürich)

einem Referendum kommt, wird die neue Kantonalbank am 1. Januar 1991 ihre Tätigkeit aufnehmen können. Unter den personellen Entscheiden der Regierung ragt eine Intervention gegen den Direktor des Gerichtsmedizinischen Instituts, Professor Peter Zink, heraus. Gegen Zink musste ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, weil seine emsige Gutachtertätigkeit zu Klagen Anlass gab. Zink wurde zunächst am 22. März in seiner Funktion suspendiert, und einen Monat später wurde sein Vertrag gekündigt.

Aus dem gerichtlichen Bereich ist zu melden, dass die Parteispendenaffäre, in welcher der frühere Präsident der Hypothekarkasse, der damalige Regierungsrat Werner Martignoni, sowie Bankinspektor Bartlome und der ehemalige Direktor der Hypothekarkasse, Walter Schiffmann, als Angeklagte figurierten, am 25. Mai mit einem Freispruch für alle Angeeschuldigten zu Ende gegangen ist. Ein deliktisches Verhalten lag nicht vor. Am 30. März 1989 schliesslich ging der Prozess gegen den Thuner Financier H. U. Wiedmer mit dessen Verurteilung zu elf Jahren Zuchthaus wegen gewerbsmässigen Betrugs mit einem Schaden für die Gläubiger von 21 Mio. Franken zu Ende. Die Untersuchung hatte vier Jahre gedauert und füllte nicht weniger als 700 Aktenordner mit Unterlagen, so dass Oberrichter Steiner nicht umhin konnte, zu sagen, es habe sich um den «umfangreichsten Prozess seit Jahrzehnten vor bernischen Schranken» gehandelt. Was das Bundesgericht anbelangt, so hat dieses gegen den Kanton Bern am 20. Dezember insofern einen «politischen Entscheid» gefällt, als es die Laufentaler Abstimmung vom September 1983 zugunsten des Verbleibs beim Kanton Bern als ungültig erklärte und deren Wiederholung anordnete, weil die teilweise Finanzierung der Abstimmungskampagne der berntreuen Laufentaler durch die Berner Regierung aus SEVA-Lotteriegeldern unstatthaft gewesen sei. Entsprechend einer Vereinbarung zwischen Bern, Basel-Land und dem Laufental wird das neue Laufentaler Plebiszit am 12. November 1989 stattfinden.



Schweizer Erfolge in Seoul

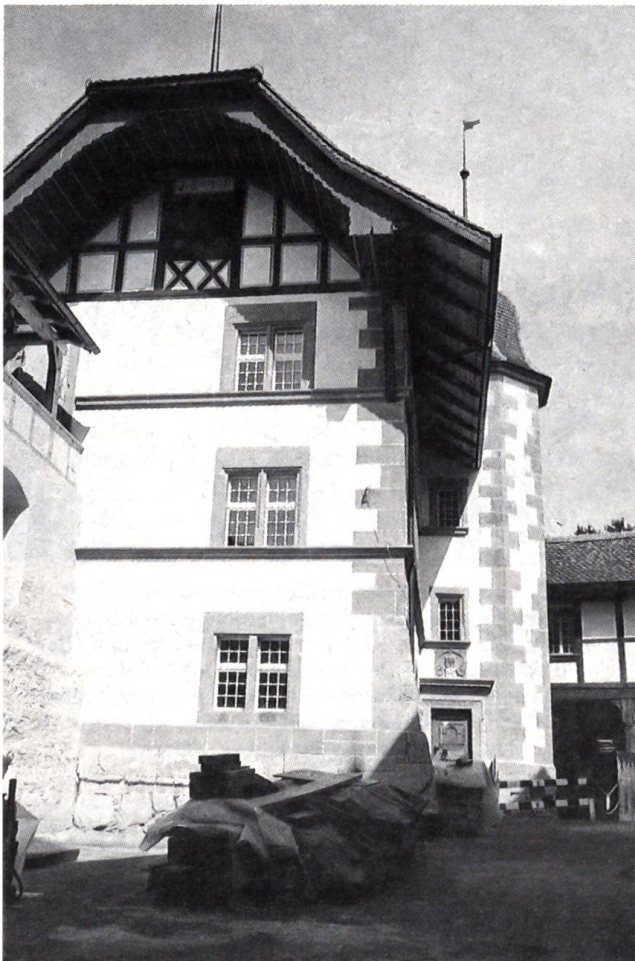
An den Olympischen Sommerspielen in Südkorea gewannen die beiden Ruderer Beat Schwerzmann (Bern, links) und Ueli Bodenmann im Doppelzweier überraschend die Silbermedaille, knapp hinter Holland und vor den Sowjetrussen.

(Photo Keystone Press AG, Zürich)

* * *

Zu den übrigen der Chronik würdigen Ereignissen im Kanton Bern gehört die Eröffnung der Brienzersee-Autobahn vom 18. Mai 1988, die von 1975 bis 1987 mit 39 Kunstbauten auf einer Strecke von 19 km für 320 Mio. Franken erbaut worden ist, eine neue Fluglinie Bern-Brüssel, die von Crossair und Sabena gemeinsam betrieben wird und im Hinblick auf die immer regeren Kontakte mit dem EG-Hauptquartier besonders wichtig zu werden verspricht, sowie die Einreichung eines Konzessionsgesuchs für den Ausbau des Grimselkraftwerks mit Gesamtkosten von 2 Mrd. Franken.

Die jahrhundertlang betriebenen Mineralquellen von Weissenburg sind wegen ungenügender Qualität des Quellwassers geschlossen worden. Das Freilichtmuseum Ballenberg ist aus den finanziellen Schwierigkeiten immer



Schloss Laupen restauriert

Nach sechs Jahren Restaurationsarbeiten, die 9,5 Millionen Franken kosteten, präsentiert sich die auf das 13. Jahrhundert zurückgehende Burganlage in neuem Glanz. Unser Bild zeigt einen Blick in den Schlosshof.
(Photo Fritz Lörtscher, Bern)

noch nicht herausgekommen; das eidgenössische Parlament hat leider die Sprechung der anbegehrten und an sich nicht bestrittenen Subvention von 7 Mio. Franken aufgeschoben. Nach mehrjährigen Umbauten ist Schloss Laupen eingeweiht und wieder als Sitz der Bezirksverwaltung übergeben worden. Die BEA wurde vom 21. April bis 1. Mai zum 38. Mal abgehalten; die Besucherzahlen waren mit

370 000 Eintritten auch diesmal wieder hoch, allerdings etwas geringer als im Vorjahr. Als Jubiläumsanlässe stachen die Feier in Spiez zur 650jährigen Zugehörigkeit zum Stand Bern vom 30. Mai und die 650-Jahr-Feier von Nidau, das seit 600 Jahren auch zu Bern gehört, am 11. September hervor. Unter den sportlichen Anlässen darf der Umstand hervorgehoben werden, dass Bern ersatzweise für Lausanne zum Austragungsort des Finals im Europa-Cup auserwählt worden ist. Vor 45 000 Zuschauern fand am 10. Mai im Wankdorfstadion unter Einsatz von 1000 Ordnungshütern fair und zwischenfallsfrei das denkwürdige Endspiel zwischen dem FC Barcelona und Sampdoria Genua mit einem verdienten 2:0-Sieg des spanischen Teams statt.

Hans Rudolf Böckli

Als der Walzerkönig Johann Strauss einige Jahre tot war, wandte sich die Witwe an Johannes Brahms, er möge ihr doch ein Autogramm schicken. Brahms malte auf die Rückseite seiner Photographie die ersten Takte der «Schönen blauen Donau» und schrieb darunter: «Leider nicht von Ihrem sehr ergebenen Johannes Brahms.»

Auf einer Hofgesellschaft, auf der auch Voltaire anwesend war, wurde ausgiebig über Himmel und Hölle debattiert. Nur Voltaire verhielt sich still. «Warum sagen Sie denn nichts zu diesem interessanten Thema?» wurde er schliesslich gefragt. «Ich möchte mich darüber nicht äussern», meinte Voltaire, «denn ich habe in beiden Lokalitäten gute Freunde.»

Der Dichter Somerset Maugham lernte in einer Gesellschaft den Besitzer einer grossen Bestattungsanstalt kennen. Dieser sagte etwas verlegen: «Ich muss zu meiner Schande gestehen, dass ich noch kein Buch von Ihnen gelesen habe!» – «Das macht nichts», erwiderte der Dichter freundlich, «ich habe mich ja auch noch nicht von Ihnen beerdigen lassen!»